

Europa in der Dauerkrise

Das demokratische Europa steht vor der größten Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkriegs: Die Briten haben mit dem Brexit-Votum den Ausstieg aus der EU beschlossen, während im Rest der Union Populisten auf dem Vormarsch

sind. Neben der Masseneinwanderung der vergangenen Jahre hält auch die noch immer nicht gänzlich überwundene Eurokrise die Staaten-gemeinschaft in Atem. Mirco Overländer fasst die größten Probleme der Mitgliedsstaaten zusammen.

Auf der Insel herrscht Konfusion

In Großbritannien ist auch ein halbes Jahr nach dem Brexit-Votum nicht klar, wie der EU-Austritt genau geregelt werden soll. Dabei läuft die Zeit gegen die Inselbewohner: Denn bereits im kommenden Jahr sollen die von den Briten hinausgezögerten Austrittsverhandlungen starten.

Die neue Premierministerin Theresa May gibt sich zwar redlich Mühe, ein geordnetes Verfahren zu organisieren, stößt dabei aber auf Widerstände aus der Opposition und den eigenen Reihen. Klar ist lediglich: Der Brexit

dürfte das Königreich Milliarden kosten. Unterdessen gärt im Empire eine gefährliche Mischung aus Nationalismus und Zukunftsangst. Viele Briten schauen mit Neid ins reiche London, wo internationale Banken eifrig Pläne schmieden, um im Falle des EU-Austritts abzuwandern.

In diesem aufgeheizten Klima richtet sich der Zorn vor allem gegen die 750 000 polnischen Gastarbeiter sowie die zahlreichen Bulgaren und Rumänen, die von vielen als Billiglöhner und Urheber des sinkenden Verdienstniveaus angesehen werden.



Frankreich vor der Schicksalswahl

Als François Hollande vor vier Jahren als Nachfolger von Nicolas Sarkozy in den Élysée-Palast einzog, hofften viele, dass der Sozialist das tief gesplante Land einen und ihm zu neuem Selbstbewusstsein verhelfen würde.

Doch Hollandes politische Bilanz fällt verheerend aus. Für seine unetete und phlegmatische Amtsführung bekam er den Spitznamen „Flam-

by“ (der Pudding) verpasst. Inzwischen gilt Hollandes als unbeliebtester Präsident in der Geschichte der Republik. Dieser Umstand und die schrecklichen Terror-Anschläge von Paris und Nizza spielen Marine Le Pen und ihrem euroskeptischen Front National gehörig in die Karten.

Höchstwahrscheinlich wird es bei der Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr auf ein Duell mit dem konservativen Kandidaten François Fillon hinauslaufen. Einer aktuellen Umfrage zufolge würden 66 Prozent der Franzosen Fillon und lediglich 34 Prozent für Le Pen stimmen. Doch seit Donald Trumps Wahlsieg über Hillary Clinton ist es so eine Sache mit der Demoskopie.



François Hollande



Antonio Costa

Sparen oder Prassen: beides geht nicht

Portugals Wirtschaft wächst, die Schulden allerdings auch. Die in der Eurokrise arg gebeutelte Bevölkerung musste im Zuge staatlicher Sparmaßnahmen einige bittere Pillen schlucken. Dennoch liegt die Arbeitslosigkeit bei rund zehn Prozent und die Staatsverschuldung bei 133 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Und genau hier liegt das Problem: Während die linke Regierung um Ministerpräsident Antonio Costa Geld in die Hand nehmen möchte, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, ist die konservative Opposition strikt dagegen.

Der griechische Patient ist stabil, aber noch nicht gerettet

Im Jahr 2016 wurde erstmals seit Jahren nicht mehr über einen möglichen Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone diskutiert. Das Land erhielt erneut Milliardenhilfen der Euro-Partner, der Höhepunkt der Krise scheint aber inzwischen überwunden. Dennoch wird Griechenland weiter die Unterstützung

der Europartner brauchen. Bis 2018 sollen über das dritte, 2015 vereinbarte Hilfspaket bis zu 86 Milliarden Euro fließen.

Mit Spannung wird erwartet, ob – und wenn ja, wie – der Internationale Währungsfonds dabei weiter finanziell mitmacht. Denn auch die angemahnte Privatisierung von Staatsbesitz verläuft schleppend *dpa*



Matteo Renzi

Hoch gepokert und krachend verloren

Italien steht mal wieder ohne Regierungschef da. Am Wochenende verlor der seit Februar 2014 amtierende Präsident Matteo Renzi ein umstrittenes Verfassungsreferendum und verknüpfte die Niederlage, wie zuvor angekündigt, mit seinem Rücktritt.

Nun liegt es an Staatspräsident Sergio Mattarella, die politischen Kräfte des Landes zu Beratungen einzuberufen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Denkbar sind vorgezogene Neuwahlen, wie sie vor allem die Opposition fordert, oder eine Experten-Regierung, die sich noch eine Weile im Amt halten könnte.

Merkel hat noch nicht genug: amtsmüde und uninspiriert?



Die politische Stimmung in Deutschland im Winter 2016 ist vergleichbar mit dem Binnenklima beim FC Bayern München, wenn es sportlich mal nicht ganz rund läuft: Eigentlich ist man nur mal kurz nicht Erster, aber trotzdem brennt es unterm Dach, als stünde man bereits mit einem Bein in der Zweiten Liga.

Kanzlerin Angela Merkel wurde von Barack Obama jüngst als letzte Verteidigerin westlicher Werte geadelt und genießt im Ausland noch immer höchste Anerkennung. Aber im Inland ist die Skepsis groß, ob Merkel sich und der Republik einen Gefallen damit getan hat, nach langem Zögern doch für eine vierte Amts-

zeit als Kanzlerin anzutreten. Die Ausgangslage könnte besser sein: Die noch immer nicht bewältigte Flüchtlingskrise, die gesamteuropäische Großwetterlage, das ungelöste Euro-Problem, die griechische Finanzmisere, das marode deutsche Rentensystem, die folgenschwere Niedrigzins-Politik der EZB und das Erstarken populistischer Strömungen haften schwer an der Kanzlerin.

Angela Merkel stand kurz davor, als historische Figur von der politischen Bühne abtreten zu können und muss sich nun doch noch einmal in die ungeliebte Verlängerung schleppen. Sie sei amtsmüde und ihr zurückhaltender Politikstil bloß ein Zeichen ihrer mangelnden Inspiration,

unken ihre Kritiker. Doch Merkel scheint fest entschlossen, ihr politisches Erbe zu retten. Einiges wird davon abhängen, ob es der CDU gelingt, der AfD bis zur Bundestagswahl im kommenden Jahr den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Antwort auf diese Frage ist nicht nur auf innenpolitischer Bühne zu suchen, sondern auch unzertrennbar mit dem Schicksal Europas verbunden.

Fest steht: Auf Merkel und Deutschland kommen stürmische Zeiten zu. Fast scheint es, als wäre die SPD im anstehenden Wahlkampf bloßer Zaungast. Denn sollten AfD und/oder FDP es in den Bundestag schaffen, wird es kaum für eine rot-rot-grüne Regierung reichen.



Polen rückt nach rechts

In Polen vergeht kaum eine Woche, in der die national-konservative Regierungspartei PiS das Land nicht mit einem weiteren umstrittenen Gesetzesentwurf vom Rest Europas isoliert. Ob gegen Abtreibung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Flüchtlinge: Die Partei von Jarosław Kaczyński und Premierministerin Beata Szydło hat seit einem Jahr einen klaren Kurs – der die Prinzipien von Demokratie und Gewaltenteilung zunehmend ad absurdum führt.

Ähnlich wie in Russland kommt die harte nationalkonservative Gangart bei einem Großteil der Bevölkerung allerdings gut an. So sind die Umfragewerte der PiS trotz Massenprotesten aus dem liberalen Lager und besorgten Äußerungen aus dem Rest der EU weiterhin blendend.



Alexander Van der Bellen

Ein Moment der Ruhe

Österreich ist am vergangenen Wochenende nur knapp an einem historischen Rechtsruck vorbeigeschrammt. Durch den knappen Wahlsieg des grünen Kandidaten Alexander Van der Bellen wurde FPÖ-Mann Norbert Hofer als Präsident der Alpenrepublik zwar gerade noch einmal verhindert.

Dennoch gärt es in Österreich gewaltig. Die FPÖ will mit einer Doppelspitze von Parteichef Strache und Nationalratspräsident Hofer bei der Nationalratswahl in zwei Jahren die rot-schwarze Regierungskoalition ablösen. Dass der Druck von rechts Wirkung zeigt, belegt Österreichs Außenminister Sebastian Kurz immer wieder mit Forderungen, wie jener, Flüchtlinge auf dem Mittelmeer abzufangen.

Ein Land im Schockzustand

Flamen, Walonen und eine deutsche Minderheit bevölkern dieses kleine Land mitten in Europa. So groß die Mentalitätsunterschiede und Sprachbarrieren auch sein mögen: Bei allen Belgiern sitzt der Schock über die Terroranschläge von Brüssel am 22. März 2016, bei denen 35 Menschen getötet wurden, noch immer tief. Patrouillierende Soldaten gehö-

ren in Brüssel inzwischen zum Straßenbild. Auch reagierte die Regierung mit drastischen Gesetzesänderungen und öffentlicher Videoüberwachung.

Dennoch leidet das mehrfach gesplante Land noch immer an hoher Jugendarbeitslosigkeit und einem Wirrwarr an bürokratischen Zuständen. Das ist genau der Nährboden, auf dem Radikalisierung und Terrorismus gedeihen können.

Spanisches Patt mit separatistischen Tendenzen

Die Jugendarbeitslosigkeit ist abartig hoch, die Wirtschaft stagniert und die Staatsschulden steigen stetig: Eigentlich müsste in dieser Zeit eine handlungsfähige Regierung energisch gegensteuern. Doch in Spanien passierte zehn Monate lang: nichts.

Zweimal durften die Iberer wählen und beide Male konnten sich die konservative Partido Popular (PP) um de-

ren Chef Mariano Rajoy, die Arbeiterpartei PSOE und die Linkspartei Podemos nicht auf eine Regierung einigen.

Erst als Mariano Rajoy mit erneuten Wahlen drohte, raufte man sich zusammen und wählte Rajoy am 29. Oktober zum Chef einer Minderheitsregierung. Das birgt Zündstoff.

Zumal die wirtschaftsstarke Katalanen im Nordosten des Landes weiterhin mit aller Macht nach Autonomie streben.

Gericht verhandelt Anschlag auf Sikh-Tempel

Essen. Acht Monate nach einem Bombenanschlag auf einen Tempel der indischen Sikh-Religion in Essen hat gestern der Prozess gegen drei muslimische Jugendliche begonnen. Die Anklage wertet die Tat als versuchten Mord. Die damals 16 Jahre alten Angeklagten sollen das Attentat mit einer selbstgebauten Bombe aus islamistischen Motiven begangen haben. Laut Anklageschrift hatten die Jugendlichen die Sikhs als Ungläubige betrachtet. Drei Menschen waren bei dem Anschlag im April verletzt worden, einer von ihnen schwer. Eine Jugendkammer des Landgerichts Essen verhandelt den Fall wegen des Alters der mutmaßlichen Täter unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Zwei von ihnen sind mittlerweile 17. *dpa*

Kohlefreund wird in USA Umweltchef

New York. Donald Trump macht Scott Pruitt, einen engen Vertrauten der Kohle- und Ölindustrie, zum Chef der mächtigen Umweltschutzbehörde EPA. Das bestätigte das Team des designierten US-Präsidenten gestern. Nach Einschätzung der „New York Times“ belegt die Entscheidung Trumps Absicht, die Errungenschaften von Vorgänger Barack Obama beim Klimaschutz abzubauen. Als Chefankläger des Bundesstaates Oklahoma war Pruitt einer der Architekten des Kampfes gegen Obamas „Clean Power Plan“. Das Vorhaben für sauberere Kraftwerke bezeichnete Pruitt als „Krieg gegen die Kohle“. *dpa*

Asylrecht als zu scharf verurteilt

Berlin. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hält die jüngsten Verschärfungen im Asylrecht teilweise für bedenklich. „Die Aussetzung des Familiennachzugs ist mit der UN-Kinderrechtskonvention nicht vereinbar“, schreibt das Institut in seinem ersten Bericht an den Bundestag, der gestern in Berlin vorgestellt wurde. In der Praxis stießen auch diejenigen, die einen Anspruch auf unmittelbaren Familiennachzug hätten, bei der Wahrnehmung ihres Anspruchs „auf große Hürden“, hieß es weiter. Die un-menschliche Praxis müsse dringend geändert werden. *dpa*

Osten dringt auf Rentenangleichung

Berlin. Die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer dringen auf eine schnellere Angleichung der Ostrenten an das Westniveau als von der großen Koalition geplant. „Mit dem Aufschieben der Angleichung bis in das Jahr 2025 werden die Erwartungen tausender Ostdeutscher wiederholt enttäuscht“, heißt es in einem Brief des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering (SPD), an Bundeskanzlerin Angela Merkel im Namen der fünf Regierungschefs. *afp*

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführung: Oliver Rohloff
Chefredakteur: Joachim Braun
Stellv. Chefredakteur:
Lutz Bernhardt
Chef vom Dienst: Peter Schmitt
Die verantwortlichen Redakteure:
Politik: Dr. Dieter Sattler, Blick in die Welt: Pia Rolfs;
Rhein-Main & Hessen: Christiane Warnecke; Wirtschaft: Michael Balk; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Klaus Velt.
Redaktion und Verlag:
Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse: Frankfurterlee 71-81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefonnummer: (0 69) 75 01-0, Fax: (0 69) 75 01-42 92. E-Mail: redaktion@fnp.de; Internet: www.fnp.de
Anzeigen:
Michael Hoffeldt, Ingo Müller; Anzeigenverkauf: RheinMainMedia GmbH, Postfach 20 02 21, 60406 Frankfurt am Main, Telefonnummer: (0 69) 75 01-40 00, Telefax: (0 69) 75 01-41 65. Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreislise Nr. 21, gültig seit 1. Januar 2016; E-Mail-Adresse: service@rheinmainmedia.de; im Internet unter: http://www.rheinmainmedia.de
Vertrieb:
Monatsbezugspreis: 39,95 Euro (einschließlich Zustellerlohn und 7% MwSt.), E-Paper/App 26,95 Euro (inkl. 19% MwSt.). Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonnentendaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen wie die Mediaservice GmbH und Co. KG und Zustellpartner weitergegeben. Siehe auch www.fnp.de/abo.
Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 0-4, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnummer: (0 61 05) 98 3-0, Telefax: (0 61 05) 98 3-02 03, Internet: www.fs-druckerei.de
Bankverbindungen:
Deutsche Bank, IBAN: DE63 5007 0010 0092 7228 00, BIC: DEUTDEFF; Commerzbank, IBAN: DE34 5008 0000 0290 0075 00, BIC: COMDE333; Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE26 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HEDE3333; Frankfurter Volksbank, IBAN: DE20 5019 0000 6200 0139 54, BIC: FFVBDE33; Postbank, IBAN: DE81 5001 0060 0001 1346 01, BIC: PBNKDE33. Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“.
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.